



LANDKREIS LÜNEBURG
DER LANDRAT

Bildung und Kultur	Vorlagenart	Vorlagennummer
Verantwortlich: Srugis, Freia Datum: 11.03.2025	Beschlussvorlage	2025/092
Öffentlichkeitsstatus: öffentlich		

Beratungsgegenstand:

Zusammensetzung der Arbeitsgruppe zur Neuaufstellung des Integrationsbeirats

Produkt/e:

351-715 Schulsozialarbeit u. Bildungs- u. Integrationsbüro

Beratungsfolge:

Status	Datum	Gremium
Ö	01.04.2025	Ausschuss für Schule und Bildung
Ö	05.05.2025	Kreisausschuss

Anlage/n:

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die genannte Besetzung der Arbeitsgruppe zur Neustrukturierung des Integrationsbeirats und beauftragt diese mit der Erarbeitung eines entsprechenden Konzepts.

Sachlage:

Mit Vorlage 2024/226 hat der Kreistag die Einsetzung einer Arbeitsgruppe zur Erarbeitung eines Konzepts zur Neuausrichtung des "Gemeinsamen Integrationsbeirats für die Hansestadt und den Landkreis Lüneburg" (IBR) beschlossen. Die Arbeitsgruppe setzt sich aus Vertreterinnen und Vertretern der Politik, der Verwaltung sowie migrantischen Vertreterinnen und Vertretern zusammen.

Durch die politischen Vertreter*innen im Integrationsbeirat wurde folgender Besetzungsvorschlag eingebracht:

Janine Burkhardt (Die Linke, Kreistag)

Jürgen Scherf (CDU, Kreistag)

Antje Henze (SPD, Stadtrat)

Dr. Michael Perschmann (Bündnis 90/Die Grünen, Stadtrat)

Vertretung: Herr Hoffmann (SPD, Kreistag)

Zusätzliche Vertretungen sind noch zu benennen.

Durch diesen Vorschlag wird eine paritätische Besetzung der Arbeitsgruppe zwischen Stadt und Kreis sowie eine ausgewogene geschlechtliche Repräsentation gewährleistet.

Die Verwaltung empfiehlt den Besetzungsvorschlag anzunehmen und die genannten Mitglieder des Kreistages für die Arbeitsgruppe einzusetzen.

Neben den Akteuren aus der Politik sollen vier migrantische Vertreter*innen aus dem IBR gewählt werden sowie die Verwaltung aus Hansestadt und Landkreis an der Arbeitsgruppe teilnehmen.

Die Arbeitsgruppe wird beauftragt, ein Konzept zur Reformierung und Stärkung des Integrationsbeirats zu entwickeln, das zur nächsten Kommunalwahl umgesetzt werden soll.

Finanzielle Auswirkungen:

a) für die Umsetzung der Maßnahmen: _____ 0 €

b) an Folgekosten: _____ €

c) Haushaltsrechtlich gesichert:

☐ im Haushaltsplan veranschlagt

☐ durch überplanmäßige/außerplanmäßige Ausgabe

☐ durch Mittelverschiebung im Budget
Begründung:

☐ Sonstiges:

d) mögliche Einnahmen:

wenn ja, umsatzsteuerliche Relevanz der Einnahmen:

☐ ja

☐ nein

☐ klärungsbedürftig

Klimawirkungsprüfung:

Hat das Vorhaben eine Klimarelevanz?

☒ keine wesentlichen Auswirkungen

—

☐ positive Auswirkungen (Begründung)

☐ negative Auswirkungen (Begründung)

Begründung: